

...jährlich
... 70 Pf.
... oder
... Die
... 16 Pf.
... mit
... der Sonn-
... In-
... Gewalt be-
... Anspruch
... führung.

Vergründet 1877.



Die Künftige Zeit
... 40 Pf. Die
... oder
... Raum 1 Pf.
... 2 Pf.
... Bei
... ent-
... Bei
... Ein-
... 1 Pf.
... 1 Pf.

Verantwortl. Red.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 96 Druck und Verlag in Albstadt. Montag, den 26. April. Amtsblatt für den D.-U.-Bezirk Nagold. 1920.

Kreuz und Halbmond.

Der Wortlaut des Friedens mit der Türkei ist noch nicht bekannt, doch ist nicht zu bezweifeln, daß das bisherige Reich des Sultans der Türkei von einem sehr schweren Schicksal getroffen werden wird. Ob vor Konstantinopel ein schmaler Landstrich verbleibt, ist davon abhängig, ob die alte türkische Hauptstadt selbst, wenn auch unter internationaler Aufsicht der Türkei gelassen wird. In Kleinasien ist ein breiter Küstenstrich des Ägäischen Meeres von den Dardanellen bis gegenüber Rhodos durch griechische Ansprüche bedroht; die Südküste zwischen Adalia und Mersina mit dem Hinterland der alten Provinzen Pamphlien, Pisidien und Lykien wird von Italien erstrbt; die Ede um Alexandrette ist einem armenischen Staat zugeordnet, und daran schließt sich Küste und Hinterland arabischer Staatengebilde, denen eine staatliche Verbindung mit der osmanischen Türkei nicht mehr auferlegt oder gestattet ist. Zwischen Alexandrette und Damaskus soll eine breite Scheidelinie zwischen Armeniern, Kurden und Losen trennen; Trapezunt ist als armenischer Hafen des Schwarzen Meeres gedacht. Dem osmanischen Türkenreich würde das nördliche und mittlere inneranatolische Hochland verbleiben mit einem Teil der Küste am Schwarzen Meer und — vielleicht — einem Ausgange zum Marmarameer, etwa bei Jemid.

Damit wäre allerdings die orientalische Frage gelöst — soweit sie eine türkische Frage ist. Mehr nicht. Denn, wenn auch die Türkei als kräftiger Mitbewerber um die Macht in dem Vorkriegs zwischen Europa, Asien und Afrika einzuwirken aussehender und sich in einen ruhigen Bauernstaat verwandelt, so spüren wir doch schon aus den langwierigen Verhandlungen um das Los der Türkei die Gegenstände der Gegenwart und der Zukunft. Die Erben der Türkei glauben schwerlich, daß nun mit dem Zerfall der Türkei die schöne Zeit milderer Verständigungen begonnen habe. Man hat die orientalische Frage unsterblich genannt, und tatsächlich sehen wir sie in neuem Gewande vor uns auftauchen. Solange fremde Einflüsse infolge der dürftigen Verkehrsmittel nur langsam und schwerfällig in die Türkei dringen konnten, war die Türkei, besonders in Asien, was sie sein sollte: Heimat vaterlandloser Völker. Armenier und Juden haben die Türkei gepriesen und sind in ihr reich geworden; Araber, Tcherkesen, Losen, Kurden und Albaner, Griechen, Bulgaren, Serben und Wachen haben unter den Sultanen gelebt, und wenn auch von Amts wegen wenig für die Kultur dieser buntschneidigen Masse geschah, so gestattete türkische Duldung ihnen doch, Glauben und Volkstum ungehindert durch die Jahrhunderte zu tragen. Die christlichen Kirchenfürsten, der griechische Patriarch, der bulgarische Exarch, der armenische Katholikos, hatten in der Türkei eine Machtstellung gewonnen, wie sie nur eine türkische Verwaltung verleihen konnte. Unumschränkt beherrschten sie das Schulwesen ihrer Gemeinden und regelten das Familienrecht ihrer Anhänger.

Es war das Verhängnis der Türkei, daß sie den schnellen Schritt der nationalen und wirtschaftlichen Entwicklung des letzten Jahrhunderts nicht mitmachen und daß sie nicht den Weg finden konnte, ihre erwachten Völker miteinander und mit ihrer Gemeinamkeit unter einem Hut zu versöhnen. Wir haben gesehen, daß auch westliche Staaten, Oesterreich und Ungarn, ja auch unser deutsches Reich, diesen Weg nicht finden konnten.

Von den Türken wird die Zerteilung des Reichs als Grausamkeit empfunden. Der türkische Volkstamm, der zusammen etwa acht Millionen zählen mag, wohnt geschlossen im mittlern und westlichen Anatolien. Von den Küstengebieten ausgehend, ist neues Griechentum in diese alte Länder früher griechischer Kultur gewandert und hat sich dort mit den vorgefundenen Resten aller Zeit vermischt; es hat sich seine Kirchen und Schulen geschaffen und durchdringt spärlich das ganze anatolische Land. Das Armeniertum spielt eine ähnliche Rolle von Osten her; Adana in dem Kleinasien vergangenere Zeiten und Van-Bilis-Erzerum im Nordosten, sind Brennpunkte des Armeniertums. Aber überall bis zu den Grenzen des Kurdenlands und bis zum Beginn arabischer besiedelter Gebiete, finden wir den Türken als Bauer auf dem Lande, als Handwerker in den Städten. Im Kurdenland und in den arabischen Provinzen hat das türkische Beamtenum einige bodenständige Verbindungen geschaffen. Unter Abd ul Hamid wurden nichttürkische Mohammedaner, wie Bosnier, Arianen,

Tcherkesen, Kurden, Araber, bevorzugt, wie denn überhaupt der reine Türke schwerer an den Sorgen des Reichs als an seinem Glanz zu tragen hitte. In fast einzigartiger Weise einigt der Islam seine Anhänger, und nur innerhalb der arabischen Welt hat es eine Bewegung gegeben, die mohammedanisch und zugleich türkenfeindlich war. Es kann zugegeben werden, daß diese Bewegung Genugtuung empfunden hat, als die Türkei von der Führerrolle, die ihr nach orthodoxer arabischer Auffassung nicht zusteht, abtreten mußte, aber daß dieses Gefühl von Dauer sein wird, ist unwahrscheinlich. Es ist anzunehmen, daß die Befürworter des Islams angeichts der Katastrophe der mohammedanischen Vormacht, dem Jühl der Gemeinamkeit wieder Raum geben. Durch die Errichtung des syrisch-arabischen Staats, der seinen Machtbereich anscheinend bis zu den heiligen Stätten des Islams, Mekka und Medina, ausdehnen soll, mag dem vielleicht nach der englischen Politik entgegen gearbeitet werden, aber die Tatsache, daß das Reich des Sultans, der zugleich Kalif der Sunniten ist, durch einen christlichen Ansturm vernichtet worden ist, die Aussicht, daß fast alle christlichen Untertanen der Türkei nun auscheiden und als begehliche Raubjäger über die neuen Grenzen hüten werden, daß christliches Ansehen und Machtgefühl einen bedrohlichen Aufschwung gegenüber dem Islam genommen haben, wird nicht verfehlen, die Befürworter Mohammeds einander zu nähern.

Mit diesen Gegensätzen zwischen Kreuz und Halbmond, wird man mehr als bisher zu rechnen haben. Es heißt, daß Mustafa Kemal, der Führer der anatolischen Türken, mit den Arabern Mesopotamiens, mit den Turkmänen und mit einem wahrscheinlich mohammedanischen russischen Bolschewikentum in Verbindung getreten sei, daß er den nachgiebigen Sultan nicht mehr anerkenne, auch nicht mehr als geistiges Oberhaupt des Islams, als Kalifen. Wenn sich das bestätigt, so stehen wir am Beginn folgenreicher Ereignisse. Das Kalifat gelangte durch angeblich freiwilligen Verzicht des letzten Kalifen aus dem Hause Abbas, 1519 an die türkischen Sultane. Für die rechtgläubigen Mohammedaner gibt es eine solche Einsetzung des Kalifen nicht, doch wird der Grundgedanke der Ueberlieferung befolgt, sich zur Vermeidung größter Unheils auch einem durch Verwalt erlangten Kalifat zu unterwerfen. Dadurch wird das Recht des Kampfes um das Kalifat anerkannt. Wenn die Anatolier Mustafa Kemals zu solchen Mitteln greifen, so beweist das ihre tiefe Erregung und Entschlossenheit.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 24. April.
Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Dr. Kahl (D.Vp.): Der Reichsjustizminister hat in Bezug auf mich neulich des hannoverschen Königs Ernst August Wort auf die Professoren abgegeben. Dieses lautet: Professoren, Haren und Längerinnen kann man überall für Geld haben. (Pul.) Diese frivole schwere Beleidigung lasse ich mir nicht gefallen, auch nicht für meine Fraktion und für den Stand der deutschen Professoren. Ich fordere Zurücknahme und Ausdruck des Bedauerns. Durch Vermittlung des Herrn Präsidenten ist mir der Entwurf einer Erklärung des Ministers zugegangen, die aber unzureichend ist. Es folgt keine genügende Erklärung, so muß ich mir weitere Schritte vorbehalten.

Reichsjustizminister. Mund legt dagegen Verwahrung ein. Abgeordneter Kahl habe seinerzeit von Winkeladvokaten in herabwürdigender Weise gesprochen. Um ihm vor Augen zu führen wie verwerflich es sei, allgemeine Werturteile bei einem Stand zu fällen, habe er den Ausdruck des hannoverschen Königs angezogen, ohne sich diesen Ausdruck eines verröteten und moralisch verkommenen Menschen zu eigen zu machen. Ihm das zu unterstellen sei eine niedrige Verächtigung. (Lärm links.)
Präsident Fehrenbach weist diesen Ausdruck zurück.

Abg. Dr. Kahl (D.Vp.): Im Auslegen seid nur recht munter, legt ihes nicht aus, so legt was unter. (Welsfall rechts, Lärm links.) Ich rufe Deutschland zum Urteil darüber auf, ob ein Mann, der so leichtsinnig mit der Ehre anderer umgeht, an der Spitze des Reichsjustizministeriums stehen kann.

Präsident Fehrenbach weist diesen Ausdruck zurück. Wäre ihm der Wortlaut des Ausspruchs jenes Königs gegenwärtig gewesen, hätte er ihn zurückgewiesen.
Der Ausschuss für die Geschäftsordnung beantragt, die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Becker-Dopela (S.) in einem Verwaltungsverfahren nicht zu erteilen.
Der Antrag wird angenommen.

Der gleiche Ausschuss stellt den gleichen Antrag betreffend die Abgeordneten Geber-Preisig (U.S.V.) und Dr. Geber-Sachsen (U.S.V.) auf Grund einer Strafanzeige des Rats der Stadt Leipzig, weil politische Motive vorgelegen hätten, nicht aber eine ehrlöse Handlungswelt.
Der Antrag wird angenommen.

Der gleiche Ausschuss stellt den gleichen Antrag betreffend den Abgeordneten Braß (U.S.V.) in der Landesverratsangelegenheit. Dagegen liegt ein Antrag vor, die Genehmigung zur Strafverfolgung zu erteilen und ein weiterer, die Sache an den Ausschuss zurückzugeben, da die Sache nicht genügend geklärt sei.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird der Antrag auf Zurückverweisung angenommen.
Der Gesetzentwurf betreffend das deutsch-französische Abkommen über die Zahlung der elsaß-lothringischen Pensionen wird in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die 2. Beratung des Gesetzentwurfes betreffend den Uebertragn der Eisenbahnen auf das Reich.
Abg. Dr. Becker-Effen (D.Vp.): Hoffentlich nähren die Länder die gewonnenen Vorteile nicht allzu rücksichtslos aus. Nur in dieser Hoffnung könne der Ausschuss die Annahme des Gesetzes empfehlen.

Reichsverkehrsminister Dr. Bell: Die Verantwortung für die Vorklage mit Einschluß ihrer gesamten finanziellen Wirkungen übernimmt die Regierung. Der Uebernahmepreis war durchaus angemessen. Die Reichsregierung könnte es nicht verantworten, den Antrag scheitern zu lassen. Das Personal verlangt die Uebernahme auf das Reich wegen der Besoldungsreform. Eine einheitliche Leistung ist auch erforderlich im Hinblick auf die ökonomischen Streiks und Unruhen.
Abg. Ganderker (Bay. Vp.) erklärt, daß seine Partei gegen das Gesetz stimmen werde.
Der Gesetzentwurf wird angenommen.

Bei der 2. Beratung des Gesetzentwurfes betreffend Post- und Fernspreckgebühren bemängelt Abg. Fischer-Berlin (S.) eine Reihe von Verteuerungen.
Abg. Erdmann (S.) beantragt, die Gebührenerhöhung für Zeitungen erst am 1. Oktober in Kraft treten zu lassen, wamit Minister Gieseler einverstanden ist.

Abg. Kahlke (D.Vp.): Die Postgebühren dürfen nur vorübergehend sein. Sie treffen den Verkehr vernichtend.
Abg. Verhu (D.Vp.): Das Zeitungsgewerbe und die kleinen Verlage sind mit dem Ruin bedroht. Der Ausschuss die 1. Oktober ist mindestens notwendig.
Der Antrag wird angenommen.

Neues vom Tage.

Deutscher Botschafter beim Vatikan.
Berlin, 24. April. Der bisherige preussische Gesandte beim Vatikan, Dr. v. Bergen, ist zum Botschafter der Reichsregierung beim Heiligen Stuhl ernannt worden. Wahrscheinlich wird die Kurie Ronziguore Bacelli zum Berliner Runtius ernennen.

Meuterei.
Mailand, 25. April. Wie dem „Avanti“ aus Wien berichtet wird, sind in Sewastopol und anderen Städten unter den Soldaten der Verbündeten Meutereien ausgebrochen, die blutig unterdrückt werden mußten.

Bereinbarung zwischen Lloyd George und Millerand.

Paris, 25. April. Havas meldet aus San Remo: Millerand und Lloyd George hatten am Samstag eine Unterredung, die über zwei Stunden dauerte. Es scheint eine Einigung über folgende Fragen zustande gekommen zu sein: Entwaaffung Deutschlands, Wiedergutmachungen und gemeinsames Vorgehen der Verbündeten. Diese Vereinbarungen sollen dem Obersten Rat unterbreitet werden. Die Verbündeten sind entschlossen, von Deutschland so schnell als möglich die Ausbezahlung der Summen zu verlangen, die dieses als Wiedergutmachungen zu leisten hat. Die deutsche Regierung wird ermächtigt werden, durch einen Vertreter, der später von den Verbündeten berufen werden wird, über diesen Punkt ihre Meinung zu äußern. Diese unmittelbaren Besprechungen werden wahrscheinlich in Brüssel stattfinden.

Millerand erklärte den Berichtstattern von Meuter und Havas, was Deutschland an Truppen verlange, sei viel zu hoch. England und Amerika haben vor dem Krieg nicht 100 000 Mann geholt zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Bevor man zustimmen könne, müsse Deutschland die wichtigsten Vertragsbestimmungen erfüllt haben, wie die Auslieferung des Artillerie- und Flugmaterials. Bis jetzt haben die Verbündeten nur einen schlechten Willen Deutschlands feststellen können, deshalb zweifle Frankreich an der Aufrichtigkeit Deutschlands. Es sei fraglich, ob der Vorschlag vom Obersten Rat angenommen werde.

Der Streit in Elsaß-Lothringen.

Metz, 25. April. Die Streiklage ist unverändert. Zwischen Metz und Saarbrücken ist ein Autodienst eingerichtet worden. Die Post arbeitet mit reduziertem Personal. Telegraphen- und Telephonverkehr sind normal.

Generallstreik in Venedig.

Venedig, 25. April. In einer Kaserne wurde ein Offizier von einem Soldaten erschossen. Im Zusammenhang damit erklärte die Arbeitskammer den Generallstreik.



Wahl in Magdeburg.

Berlin, 24. April. Der Provinziallandtag der Provinz Sachsen wählte den Deutsch-Nationalen Freiberger v. Wilmsowski mit 72 Stimmen zum Landeshaupmann, während der Unabhängige Gegenkandidat 63 Stimmen erhielt.

Minister Geßler über militärische Fragen.

München, 25. April. Reichswehrminister Geßler erklärte in einer Ansprache mit hiesigen Parteifreunden, die Garnison von Berlin sei nicht stark genug. Es werde eine unbedingt zuverlässige Brigade in der Nähe Berlins aufgestellt. Auch monarchistisch gesinnte Offiziere haben im Meer Platz, wenn sie sich verpflichten, für die Verfassung einzutreten. Der Kapp-Putsch sei gut vorbereitet, aber psychologisch ein Wahnsinn gewesen. Der Zustand im Ruhrgebiet sei aber schon früher vorbereitet worden; die Regierung wüßte, daß die Franzosen das Ruhrgebiet besetzen wollten. Auch die bürgerlichen Minister hätten den Generalstreik gegen den Kapp-Putsch aufgerufen.

Bankbeamtenstreik.

Dresden, 24. April. Die arbeitswilligen Bankbeamten, die in größerer Zahl als am Vortag erschienen waren, wurden gestern von den Streikenden mit Gewalt am Betreten der Banken verhindert. Angestellte, die betriebsan der Arbeit waren, wurden bedroht und zum Verlassen der Arbeitsstätten gezwungen.

Kapp in Freiheit gesetzt.

Stockholm, 25. April. Die schwedische Regierung hat Kapp in Freiheit gesetzt gegen die Verpflichtung, keine politischen Verbindungen zu unterhalten. — Die Familie Kapps ist nach Schweden abgereist.

Die Konferenz von San Remo.

San Remo, 25. April. Reuter meldet, die Konferenz habe beschlossen, daß Deutschland weitere Zwangsmassnahmen zu erwarten habe, wenn es die noch nicht erfüllten Vertragsverpflichtungen nicht in kürzester Frist nachhole.

In einer Unterredung mit Pressevertretern soll Lloyd George es in Abrede gezogen haben, daß er Deutschland eine neue Hungerperre angedroht habe. Deutschland sei zu schwach, als daß es eine Bedrohung sein könnte. Eine der Schwierigkeiten sei die Weigerung Bayerns, den Befehlen Berlins Folge zu leisten. Die Furcht vor dem Bolschewismus in Deutschland sei nicht übertrieben, obwohl er nicht glaube, daß der deutsche Charakter sich für den Bolschewismus eigne. Auf der anderen Seite habe der Kapp-Frischensall gezeigt, daß Deutschland noch nicht geeignet sei, eine militärische Bewegung zu stiften. Lloyd George bestritt, jemals die Abänderung des Friedensvertrags vorgeschlagen zu haben.

Die Berichte englischer Offiziere teilen nicht die Ansicht der Franzosen, daß Deutschland sich grundtätlich den Verpflichtungen des Friedensvertrags entzogen habe. Die englische Politik müsse sich darauf richten, Deutschland Hoffnung zu geben; denn wenn es in das Chaos gestürzt würde, könnte man auf jede Schadenersatzleistung von vornherein verzichten.

Paris, 25. April. Nach den hiesigen Blättern verlangte Millerand die Besetzung von Karlsruhe und Mannheim, wenn Deutschland nicht innerhalb 6 Wochen vollständig entwaffnet sei. Wenn es innerhalb 8 Wochen noch nicht geschehe, so solle auch das Ruhrgebiet besetzt werden.

Paris, 25. April. (Reuter.) Der Oberste Rat hat beschlossen, Smyrna unter türkische Hoheit, aber unter die Verwaltung von Griechenland zu stellen.

Vermischtes.

Das deutsche Kriegsgeld.

Seit Anfang des Mittelalters sind schädigende Einwirkungen von Kriegereignissen und Wirtschaftskrisen auf den Umlauf des geschmiedeten Geldes häufig gewesen. Sie waren fast immer lokal beschränkt und von kurzer Dauer. Belagerungen oder vorübergehende Bedrücknisse des Staatskörpers ließen Ersatzmünzen (Notmünzen) für die plötzlich verschwundene Kursmünze entstehen. Die Wirkungen des Weltkriegs zeigen sich schon beim Kriegsbeginn, als über Nacht in der gewaltigsten Festung aller Zeiten, im Deutschen Reich, bereits in den ersten Augusttagen alles geprägte Geld — Edelmetalle, wie auch Nickel und Kupfer — aus dem Verkehr zu schwinden drohte, obwohl die wirtschaftliche Bedeutung des Hartgelds heute gering ist im Vergleich mit vergangenen Zeiten. Besonders in den Grenzprovinzen trat starker Kleingeldmangel ein, dessen stimmungsmäßige Ursache — im Westen die in Bewegung gesetzte Menschenflut des mobilisierten Heeres, im Osten das Furchten der öffentlichen Klassen vor dem eindringenden Feinde — zurücktritt hinter der Sinnlosigkeit des Hartgeldhammers von Seiten des breiten Publikums. Zur Abhilfe sind in den östlichen Provinzen, in Westfalen, im Rheinland und im Elsaß kurzfristige Geldscheine von Gemeinden und Privatbetriebern in Umlauf gesetzt worden, meist ohne Sorgfalt hergestellte Druckmittel, oft nur mit Maschinenschrift oder handschriftlichen Unterzeichnungen versehen. Man hat bis 1915 260 verschiedene Ausgabestellen festgestellt. Jedoch schien diese Kleingeldkrise bereits im Winter 1914/15 überwunden. Nur das Rohstoffbedürfnis der Militärverwaltung hatte im Jahre 1915 den Ersatz des Nickel- und Kupfergelds durch Eisenprägungen zur Folge. Die sonstigen Gelderzeugnisse waren verschwunden. Erst seit Ende 1916 änderten sich die Verhältnisse, trat Kleingeldmangel in vorher nicht gekanntem Maße ein. Die Regierung sah sich außerstande, nahe kommunalen Baviergelds zu verhindern. Seit

Amsterdam, 25. April. Die „Telegraaf“ aus San Remo meldet, beschloß der Oberste Rat für die Dardanellen, das Marmarameer und den Bosphorus den Grundbesitz der freien Schifffahrt, der allein durch den Völkerbund aufgehoben werden könne. Drei Monate nach Ratifizierung des Vertrags sollen die Befestigungen geschleift werden. Drei große Mächte werden in der Kommission für die Meerengen vertreten sein.

Gegen die schwarzen Franzosen.

London, 25. April. Der Ausschuss der Arbeiterpartei hat bei den verbündeten Regierungen und beim Völkerbund gegen die Verwendung farbiger Truppen bei der Besetzung in Deutschland Widerspruch eingelegt.

Streit.

Wien, 24. April. Im oberösterreichischen Abstimmungsgebiet traten die Beamten und Arbeiter wegen Nichterfüllung ihrer Forderung: Erhöhung ihrer Löhne um 150 Proz., in den Generalstreik.

Die Verhandlungen wegen Beendigung des Ausstands der Industriebeamten sind gescheitert.

Amsterdam, 25. April. Der Haje-arbeiterstreik ist aufgehoben. Am Montag wird die Arbeit wieder aufgenommen.

Islamitischer Kongress.

London, 25. April. Die den nationalistischen Türken gestellte Frist zur Unterwerfung ist abgelaufen. Mustafa Kemal Pascha hat nach einer Konstantinopeler Meldung einen islamitischen Kongress auf 14. April nach Angora (Anatolien) einberufen, zu dem auch Abgeordnete aus Afghanistan erschienen. Der Kongress sollte ein gemeinsames Vorgehen des Islams beraten.

Der Zustand in Mexiko.

Washington, 25. April. Nach dem Bericht des Kommandanten von Sonora haben sich weitere Nordweststaaten Mexikos dem Kampf gegen den Präsidenten Carranza angeschlossen. Das Marineamt der Vereinigten Staaten hat einige Kreuzer abgefordert.

Der amerikanische Stabschef der Atlantischen Flotte, Konteradmiral Britain, hat sich erschossen.

Rotterdam, 24. April. Laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ wurde im englischen Unterhaus von Regierungsseite die Meinung über den Rücktritt des Bischofs von Irland, French, für unrichtig erklärt.

Aus Stadt und Land.

Mienstele, 26. April 1920.

Übertragen wurde je eine ständige Lehrstelle in Afrika dem Leiterlehrer Gottlieb Maier in Troßingen und in Obigen O. Balingen dem Unterlehrer Theodor Walter in Oberschwandorf.

Kirchliche Wahl. Bei der gestern stattgefundenen Erziehungswahl zur Landeslehrerversammlung wurden hier von 1202 Wahlberechtigten 202 Stimmen abgegeben. Da ein Gegenkandidat nicht aufgestellt wurde ist der Wahlgang ja voranzuküher.

Frühjahrswanderung. Vom Wetter begünstigt unternahm gestern der Turnverein seine alljährliche Frühjahrswanderung, die eine zahlreiche Teilnehmerzahl aufzuweisen hatte. Der Weg ging das idyllische Nagold, und Stetlaacht entlang über die Schild- und Wollsmühle nach Simmersfeld, wo im „Anker“ eine kurze Rast gemacht wurde, um dann über das obere Röllbachtal gegen Mittag den Heimweg anzutreten.

dem 31. März 1917 hatten auch Barten, Sparta) und die Befugnis zu Gelddruck in Papier und unedlen Metallen. Immer stärker ist seitdem das Kleingeldbedürfnis geworden, immer höher schwoh die Flut der lokalen Ausgaben. Bis März 1918 sind 600 Ausgabestellen bekannt gewesen; das kürzlich erschienene Buch eines jungen Frankfurter Gelehrten (Dr. Arnold Keller, „Das deutsche Notgeld 1916/19“, I. Teil, Verlag von Adolph C. Cahn, Frankfurt) verzeichnet 1082 Ausgabestellen.

Gruppiert man diese Papiergeld-Ausgaben vom ästhetischen Standpunkt aus, so darf man zuerst von gänzlich kunst- und schmucklosen Ausgaben sprechen. Ausgebende sind die meisten Großstädte, dann von solchen mit heraldisch feinen Zeichnungen, häßlichen Ansichten und Darstellungen sozialhistorischer Ereignisse; auch von solchen mit überzogenen oder kunstvollen Verzierungen; zuletzt von Scheinen mit wirklich künstlerischer Ausführung, deren Anzahl erkennlicherweise in diesem Jahre anwuchs. Niederlahnstein stellte sich an die Spitze der mittleren Gruppen, als es auf seinem Stadtschein einen Schinken darstellte und mit der Aufschrift: „Garte Schmuck, süßes Hosen“ recht deutlich auf die Lebensmittelnot aufspielte. Kurz darauf gab Bielefeld Scheine heraus, die Preisvergleiche der Lebensmittel während der Pariser Belagerung mit dem Jahre 1917 boten und auch die damalige Winterpeise der Deutschen, die Stedrübe, und deren Bielefelder Verbrauch von 30000 Ztr. anzeigte. Daxens Schein erklärte dialektisch: „Mi git es nit“ (Mehr gibt's nicht) und die Stadtväter von Weinheim, die glücklicherweise nicht draußen waren, riefen auf ihrem Schein ein behagliches: „Daham is daham“ in die Welt. Der Schein von Augsburg illustriert den Spruch: „Steht unser Markt im Kurs auch schlecht, das Mark im deutschen Arm ist echt!“

Die ersten Notscheine mit künstlerisch wertvoller Ausführung in Bielefelddruck entstanden Lindenbergs im Allgäu und Saugan. Lindau druckte von Haub aquarellierte Ansichtsscheine von Stadt und See. Sehr geschmackvoll konzipierten, dessen Scheine auf der Vor-

Dem Schwarzwaldverein. Einen recht netten Ausflug machte gestern die hiesige Ortsgruppe des württembergischen Schwarzwaldvereins unter der Führung von Vorstand Köbele über die Balmühle nach Eilwandsweiler und Heselbronn, wo nach der Wanderung in der Frühlings- und Blütenpracht eine kurze Pause gemacht wurde, während welcher Hauptlehrer Schwarz einige humoristische Sachen vortrug. Wohlbefriedigt von dem schönen Nachmittage lehrten die zahlreichen Teilnehmer wieder frühzeitig nach Altensteig zurück. Im Mai soll eine größere Tour ins Nurgtal gemacht werden.

Reisen nach der Schweiz. Man schreibt den „Konstanzer Nachrichten“: Schon lange erhebt die Schweiz im großen Grenzverkehr beim jeweiligen Grenzübertritt (also Hin- und Rückfahrt) eine Kontrollgebühr von je 50 Rappen, bei persönlicher Meldung in den einzelnen Orten in der Schweiz jeweils 2, 3 oder 5 Franken als Gebühr, während bei uns im Deutschen Reich in allen diesen Fällen der Ausländer keine Gebühren zu entrichten hat. Es wäre recht und billig, daß die Ausländer, namentlich die Schweizer, entsprechend ihren Maßregeln bei Grenzübertritten oder persönlichen Meldungen die gleichen Gebühren in Schweizer Geldwährung oder höherem deutschen Geldbetrag zu entrichten hätten. Dadurch würde dem Staat manches Sämmchen zugeföhrt werden können. Wenn die Schweizer Behörden bei Reisen über die Strecke Gottmadingen-Erzingen nach Waldshut oder weiter jeweils eine Gebühr von 37,5 Franken erheben könnten ja die deutschen Behörden von den Schweizern, die mit dieser Bahn die deutsche Strecke durchfahren, den gleichen Betrag oder 400 M. erheben. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig.

Württemberg, der im Ruhrgebiet. Von jüdischer Seite wird mitgeteilt: Zur Durchführung der Entwaffnung im Ruhrgebiet sind württembergische Reichswehrverbände in Iserlohn und Umgebung eingerückt. In Ruhrort wurden die Orte Reheim-Hästen, Bruchhausen ebenfalls von Württembergern besetzt. Bayerische und preussische Truppen sind mit der weiteren Entwaffnung der Bevölkerung in Hamm, Bielefeld, Dortmund und Umgebung beauftragt. Die bayerische Fliegerabteilung wird nach Schleißheim, die württembergische nach Balingen abtransportiert.

Die Württ. Sozialisierungskommission hat Grundlinien aufgestellt, nach denen Grundbesitz, insbesondere Fideikommissbesitz, im Rahmen des Paragr. 60 Abs. 1 der Verfassung aufgeteilt werden kann.

Hochschulstudium der Volksschullehrer. In einer Bekanntmachung der Ministerialabteilung für die höheren Schulen werden die Bestimmungen veröffentlicht für die Volksschullehrer, die eine Ergänzungsprüfung ablegen wollen zum Erwerb eines Reifezeugnisses. Die Prüfungen sind im Rahmen der regelmäßigen Reifeprüfungen der einzelnen Volksschulen abzulegen.

Lohnstarif der landw. Arbeiter. In Verhandlungen am 22. April wurde folgender neue Lohnstarif für die landw. Arbeiter in Württemberg festgesetzt: Vom 1. Mai ds. Js. an wird ein Zuschlag von 25 Prozent auf sämtliche Sätze des Lohnstarifs gewährt. Für landw. Tagelöhner und Tagelöhnerinnen mit und ohne Bewilligung beträgt dieser Zuschlag 40 Prozent. Eine endgültige Regelung wird in Aussicht genommen in der Erwartung, daß die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse für das Jahr 1920 eine entsprechende Regelung erlauben. Ohne eine namhafte Erhöhung dieser Preise wäre nach der Erklärung der Arbeitgeberverbände an eine weitere Anpassung der landwirtschaftlichen Löhne an die Höhe der Industriearbeiter nicht zu denken.

Seite von vom Stadthelm beschirmen und von Eisengeranke umgebenen Stadtschild sein und auf der Rückseite das Kriesschwert schroff vor die zerlückte Stadt ansieht. Passau flüchtig in gotischer Zeichnung und Schrift. Karbenhof Passau mit einem schwarzen St. Georg in rotem Felde von grüner Ornamentierung umrahmt. Die stark impressionistische Radierung von Wanzig, der Marktplatz von Fauer auf dem Schein dieser Städte; gar reizvoll der Zug der Kinderlein von Hameln, die dem: „Pieper mit allerley Farbe beliebet“ folgen.

Woher kommt der Knoten im Taschentuch? Die Seite, durch einen Knoten im Taschentuch dem schlechten Gedächtnis nach Möglichkeit abzuhelfen, bewahren wir als ehrwürdige Ueberlieferung der Altoordenen, ohne über dies merkwürdige Gedächtnismittel viel nachzudenken. Doch hat der Brauch einen uralten und eigentümlichen Sinn. Das Taschentuch wurde nämlich, wie Alexander v. Gleichen-Rußwurm in seinem neuen Buch „Die gotische Welt“ ausführt, zu Anfang als Liebesandenken von dem Verehrer seiner Angebeteten geschenkt; die Dame hielt es in der Hand wie noch heute manche Braut auf dem Bande, ein goldenes Herz hing daran, und es war mit manchen zarten Sprüchen und Erinnerungsworten besetzt. Nun hatte aber die strenge Regel der „Liebeshöfe“ allerlei Vorschriften und Uebungen für die Liebenden ausgearbeitet. So mußten z. B. die Liebenden in ihre Liebesandenken Knoten knüpfen und diese dann jeden Abend auflösen mit dem Segenspruch: „Gott gebe meiner Dame eine gute Nacht“. Diese Vorschrift der gotischen Liebeshöfe wurde dann auch auf das eigentliche, damals moderne Liebesandenken, das Taschentuch, übertragen und so bedeutete der Knoten im Taschentuch zunächst ein brav's Erinnerung an die Königin des Herzens, bis er aus diesem poetisch verklärten Gedächtnismittel überhaupt wurde.



Druckprämie. Amtlich wird mitgeteilt: Mit Rücksicht auf die politischen Unruhen der letzten Zeit, die in vielen Kommunalverbänden die Ablieferung von Brotgetreide und Gerste stark beeinträchtigt haben, ist der Zeitraum für die Zahlung der Höchstprämie von 300 Mk. für die Tonne Brotgetreide und Gerste bis 15. Mai verlängert worden. Dementsprechend tritt die Senkung der Preise um 100 Mk. erst nach dem 15. Mai ein. Die Höchstprämie ist jedoch auch nach dem 15. Mai zu gewähren, wenn die Ablieferung des Getreides aus Gründen, die der Lieferer nicht zu verantworten hat, verzögert wurde.

Kagold, 25. April. (Zeitgemäß.) Auf der Reise wieder wurde einem Schauspieler der Münchener Volkshäuser abgeliefert. Seine ganze Ausstattung im Wert von Tausenden wurde gestohlen.

Hausbrunn, 25. April. In das Telephonnetz wurden angeschlossen: Stadt. Forsthaus unter Nr. 1 und Friedrich Warkner, Huberhof, unter Nr. 2.

Donenberg, 25. April. In das Telephonnetz wurde angeschlossen: Math. Würster zur Vaterwühle unter Nr. 1.

Freudenstadt, 22. April. Der Gemeinderat beschloß einstimmig, die Ausführung des Erlasses der Landesverwaltungsstelle abzulehnen und keine Meldeamtstelle einzurichten.

Kottswill, 25. April. (Gefährliche Kletterei.) An dem freien und hohen Felsen gegenüber der Bruderschaftsmühle am Neckar wagte sich ein 16-jähriger Seminarist, der beste in seiner Klasse, zu weit hinaus und stürzte ab. Er fiel in den Neckar und erlitt beim Aufschwimmen auf einem Stein eine schwere Schädelverletzung, mit der er in fast hoffnungslosem Zustand ins Bezirkskrankenhaus geschafft werden mußte.

Stuttgart, 25. April. (Stöckung in der Viehableitung nach Frankreich.) Wie wir erfahren, soll infolge des Eisenbahnstreiks in Elsaß Viehtransporten in der Viehableitung nach Frankreich eine Stöckung eingetreten sein.

Stuttgart, 25. April. (Sommerlandtag.) Der Volkswirtschaftliche Ausschuss hat den Antrag des Bauernbunds auf Aufhebung der Zwangsmitgliedschaft mit 17 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Ein weiterer Antrag des Bauernbunds, falls die Aufhebung der Zwangsmitgliedschaft abgelehnt würde, will, daß eine Landanstalt für Brotgetreide eingeführt werde, die den Bedarf der minderbemittelten Bevölkerung decken soll. Die Vertreter der Mehrheitsparteien sprachen sich dagegen aus, ebenso gegen den Antrag, die Bewirtschaftung der Viehbestände aufzuheben und den freien Marktverkehr wiederherzustellen. Ein Abgeordneter des Bauernbunds erklärt die behördlichen Verfügungen bezüglich der Schweinezucht für verfehlt. Von der Erhöhung der Höchstpreise dürfe man sich nicht viel versprechen, die Schweinezucht müsse freigegeben werden. Minister Graf führt aus, die Aufhebung der Viehwirtschaft in der Pfalz durch die französische Behörde habe wohl ein außerordentlich hohes Angebot von Vieh herbeigeführt, aber darauf sei Mangel eingetreten. Wenn Württemberg allein die Zwangsmitgliedschaft aufheben würde, so würde das Vieh nach Norddeutschland ausgeführt. Ein Redner des Zentrums und der Sozialdemokratie sprachen ebenfalls gegen die Aufhebung.

Der Bauernbund stellt den Antrag, daß die hohen Zuschläge auf Ausfuhr aufgehoben und die Frachten ermäßigt werden sollen. Minister Graf erwiderte, die Zuschläge bezwecken den Preisausgleich in Beziehung auf die Frachten und liegen im Interesse der inländischen Landwirtschaft. Die württ. Regierung habe gegen die hohen Margarinepreise Widerspruch erhoben. Ueber die Aufhebung der Viehwirtschaft waren die Ansichten geteilt.

Die Vertreter der Mehrheitsparteien stellten den Antrag der Landtag solle beschließen: 1. Der Landtag bewilligt die Beibehaltung der öffentlichen Bewirtschaftung von Brotgetreide, Hafer, Kartoffeln, Fleisch, Eier und Milch solange die Beschaffung der notwendigen Lebensmittel im Ausland zu einem erträglichen Preis unmöglich ist. Es soll aber ein allmählicher Abbau erstrebt werden durch Förderung der Erzeugung, Beschaffung von Kraftfutter und Kaufmännern zu ermäßigten Preisen (notigenfalls mit Staatsbeitrag), durch Gewährung angemessener Preise für die Erzeuger. Den Selbstversorgern sollen ausreichende Rationen zugehoben, aber für die Ablieferung Sorge getragen werden (Zwangsmassregeln nur gegen schuldhaft Säumige). Die Erfassung soll landw. Vereinigungen übertragen werden. Zwischen Erzeuger und Bedarfsgemeinden ufm. sollen Lieferungsverträge geschlossen werden dürfen. Ferner soll in Berlin darauf hingewirkt werden, daß statt der Marmelade Limonaden verteilt wird, nötigenfalls unter Kürzung der Zuteilung an die Schokolade- und Zuckerindustrie. Für Milchstoffe soll eine entsprechende Menge Gerste freigegeben werden.

Stuttgart, 25. April. (Zusammentritt des Landtags.) Die nächste Vollversammlung des Landtags ist auf Donnerstag, den 29. April, nachm. 4 Uhr, festgesetzt worden.

Stuttgart, 25. April. (Betriebsräte der Eisenbahn.) Das Amtsblatt der Württ. Verkehrsanstalten veröffentlicht die Verordnung über die Bildung von Betriebsräten bei der Verwaltung und bei den Werkstätten, bei Dienststellen und Behörden, die in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigen. Wahlberechtigt sind alle männlichen und weiblichen Arbeiter von 18 Jahren an.

Stuttgart, 25. April. (Die Handgranate.) Im Januar d. J. ließ sich der damalige Führer der Volkshäuser, Hauptmann Holzmann, bei St. Bernhard (Erlingen) im Werken von Handgranaten unterweisen. Der Württ. Emil Silberhorn von Wäldenbrunn war nachgeschlichen, um die Übung mitanzusehen. Er wurde von einem Granatplitzer tödlich verletzt. Holzmann wurde, weil er zur Übung einen ungeeigneten Platz gewählt habe, zu drei Tagen Gefängnis verurteilt.

Stuttgart, 25. April. (Hotelverkauf.) Wie das „D. B.“ mitteilt, hat der Aufsichtsrat des kath. Betriebshauses „Europäischer Hof“ mit einer bauerntüchtigen Vereinigung bereits einen Kaufvertrag von 1/2 Million abgeschlossen. Die Generalversammlung habe aber noch zu dem Verkauf Stellung zu nehmen.

Welzheim, 25. April. (Ertrunken.) Hirsdwirt David Döy von Ebnitz fiel abends auf dem Heintweg von Kaisersbach in den Ebnitzsee und ertrank.

Zübingen, 25. April. (Von der Universität.) Die im Gemeinderat angegebenen Zahl der hiesigen Studierenden, etwa 3600, ist nach der „Lüb. Chronik“ nicht zutreffend. Die bisherigen Anmeldungen erreichen diese Zahl bei weitem nicht.

Nürtingen, 25. April. (Preisüberschreitung.) Wegen Ueberschreitung des Erzeugerhöchstpreises für Most und Steuerhinterziehung wurde Schultheiß Rudolf von Alldorf zu 5000 Mk. Geldstrafe verurteilt. Außerdem erkannte das Schöffengericht auf Einziehung des Uebererlöses von 1324 Mk. und auf eine Steuerstrafe von 2100 Mark.

Leutkirch, 25. April. (Diebstahl.) Im Gasthof zur „Post“ wurde dem Besitzer die Geldbörse mit namhaftem Inhalt gestohlen, ferner wurde der eiserne Geldschrank beraubt und goldene Uhren, Schmuckstücke usw. entwendet. Der Dieb, der sich unter dem Sofa versteckt hatte, ist entkommen. — In Ottmannshausen haben zwei junge Vurschen den Opferstock samt Inhalt geraubt.

Wurzach, 25. April. (Geringe Kauflust.) Bei der Auktionsversteigerung der hiesigen Stadtpflege wurden im allgemeinen so niedrige Angebote gemacht, daß sich die Verkäuferin genötigt sah, zu diesen Angeboten das Holz nicht abzugeben. Es wird ein neuer Verkauf angefragt werden.

Blumberg (Amt Donaueschingen), 25. April. In Freiburg wurde die in Ahdorf wohnende Marie Gauer wegen Schieberieken verhaftet. Vor Jahresfrist kam dieselbe nach Ahdorf, um sich dort als „Naturärztin“ niederzulassen und hatte anfangs auch großen Zuspruch, der sich aber mehr und mehr verringerte, da es sich herausstellte, daß man es mit einer Schwindlerin zu tun hatte. Wie jetzt bekannt wird, wurden von ihr hier und in der Umgebung viele Landwirte um Tausende von Mark geprellt, die sie der Gantier leichtgläubig geliehen hatten.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Getreide. Die Valuta hält sich bei geringen Schwankungen nunmehr schon seit mehr als einer Woche auf derselben Höhe. Die Markt kam Freitag aus der Schweiz mit 9,20 Mark und versorgte anscheinend wieder eine leicht aufwärtsstrebende Tendenz. In den deutschen Börsenplätzen ist der Getreidemarkt flüssig, der Privatmarkt unregelmäßig und leichtes Geld sehr leicht. Im Gegenstand dazu beginnt das Ausland seinen Einfluß allmählich heranzuziehen.

Wolle. Die Tendenz war bis gegen Schluß der Woche matt. Das Verkaufsbedürfnis des Publikums und die Neigung zu Marktfeilungen durch die Verkaufsinstanzen erklärte sich aus der Sorge vor starken Positionslösungen der Warenhandelskreise, die gewaltige Lager zu unbilligen Preisen aufgeschichtet haben, und nun, wo sie befürchten müssen, sie nur mit bedeutenden Verlusten verkaufen zu können, an der Effektenbörse Entlastung suchen. Am meisten litten die sogenannten (ausländischen) Beschlagnahmepapiere. Wegen den Schluß der Woche trat aber wieder eine Erhöhung ein, wobei namentlich Schiffahrtsaktien stark gehandelt wurden. Die festverzinslichen Anlagewerte waren gut bezeugt. Reichsanleihe schloß mit 79 1/2, 4proz. Württemberg mit 95,50, die neuen Reichsschatzanweisungen mit 99—90.

Produktenmarkt. Das günstige Frühjahrswetter hat weiter seine Wirkung bei der Preisermäßigung der im freien Handel befindlichen Vademergengnisse. In Berlin gilt der Zentner Hafer 150—160 Mark. Neu, Stroh und Erbsenfuttermittel gehen fortgesetzt zurück. Auch die Preise für Hülsenfrüchte demogen sich bei geringem Geschäft auf absteigender Linie. Neu H überigens sehr der Zentner um 20 Mark angeboten, nachdem es noch vor vier Wochen 100 Mark gekostet hat.

Warenmarkt. Kapitalkräftige Großhändler und Detailisten halten an den hohen Preisen sehr fest. Das gibt einen Kampf zwischen dem Händler und Erzeuger auf der einen und dem Abnehmer auf der anderen Seite. Die Kohlenpreise freilich ziehen vorläufig noch weiter an; sie sind eben Inlandsprodukt dem die amerikanische Konkurrenz bis jetzt nur in der Schiffskohle beikommt. In den Eisenpreisen dagegen drückt der Abbau sich langsam Bahn, Schrotterelle, die im August 1919 2000 Mk., im Februar 1920 2800 Mk. kosteten, sind jetzt mit Kernschrott auf 1100 Mk. für die Tonne gefallen. Schweißblech dagegen kostet noch 3000 bis 6000 Mk. die Tonne. In Garnen und Webstoffen gehen die Preise gleichfalls herunter. Die letzte Stuttgarter Garnliste verzeichnet für Baumwollgarne einen Abschlag von 15—20 Mk. für das Alts und für Baumwollgarne einen solchen von 0,50—1,50 Mk. auf das Meter. In Schuwaren hat die Nachfrage gemäßigt nachgelassen, aber hier folgen die Preise nur zögernd, obgleich die Hünte erheblich billiger geworden sind. Ueberraschend groß ist das Angebot in Drogen und Chemikalien, wo die Hanfserleger sehr mit Verlust ans Tageslicht kommen und die Preise stark fallen.

Viehmarkt. In den Viehpreisen hat sich letzte Woche nicht viel geändert. Die Preislenkung in Ferkeln vollzieht sich zögernd; man bezahlt immer noch 250—300 Mk. für ein schönes Stück. Am meisten bedauert sich zur Zeit noch die Preisdepression. Die Viehpreise sind wegen der Suche schwer zu kontrollieren.

Holzmarkt. Die Hoffnung, daß die Holzpreise weiterhin rasch fallen werden, hat sich in dieser Berichtswoche nicht erfüllt; der Preisstand ist ungefähr dem der Vormoche gleich geblieben.

Vermischtes.

Der 1. Mai. Der preußische Kultminister Hähnelich hat es jedem Lehrer und Schüler freigestellt, am 1. Mai von der Schule wegzubleiben.

Die Arbeitergewerkschaften Groß-Berlins haben sich geeinigt, den am 1. Mai feiernden Arbeitern und Angestellten keine Löhne auszubehalten.

Mißgeburt. Eine Jüger von Feth Hammel in Ueberlingen warf vor kurzem drei Kätzchen, wovon eines viel Ähnlichkeit mit Hunden hat. Der Leib und die Füße des Tieres gleichen dem eines Hundes, die breite Brust und die Vorderfüße erinnern an einen Dachs. Der Kopf ist ein hornvoller Jägerkopf und zeigt Spuren zu Hornwuchs. Das Tier ist munter, doch verweigert es seine Nasse. Sein Benehmen gleicht laut „Göppinger Zeitung“ eher einem jungen Hund als dem eines Kätzchens.

Bahnhofbrand. Infolge eines Kaminrohrs brach im Bahnhofgebäude in Rempten i. U. ein Brand aus. Die Wartehalle und der Kaminraum mußten geräumt werden.

Geldschwamm. In Kiel wurden zwei Männer und eine Frau aus Berlin verhaftet, die Gold- und Silberbarren im Wert von drei Millionen in einem Motorboot nach Dänemark schaffen wollten.

Biererei. Die Birte in Braunschweig haben aus Anlaß der Erhöhung des Bierpreises um 100 Prozent beschloffen, kein Bier mehr zu vergärpen.

Unsere ausgeführten Lokomotiven. Der französische Minister der öffentlichen Arbeiten stellte kürzlich fest, daß Deutschland in Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen 208 Lokomotiven abgeliefert hat. Frankreich hat davon 697 an die anderen Verbündeten abgegeben.

Torfwirtschaft in Holland. Wegen der Kohlennot werden die Torfmoore in Holland stärker ausgebeutet. Die Erzeugung hat nun über die Hälfte zugenommen und beträgt jetzt etwa 2 1/2 Millionen Stck Torf, die einen Heizwert von einer halben Million Tonnen Steinkohlen haben, ein Fünftel des Brennstoffbedarfs.

Der große amerikanische Einkauf. Die Amerikaner machen sich den schlechten Stand der Valuta in Europa recht zu nütze und sie kaufen nicht nur Grundstücke, Hotels, Fabriken, Landgüter auf, sondern auch Waren aller Art, deren sie nur irgend habhaft werden können. Nachdem Deutschland nahezu ausverkauft ist, kommt nun Italien und besonders Frankreich an die Reihe, dessen Valuta in den letzten Wochen durch geschickte Preisermäßigung der Amerikaner immer mehr anzuwachsen ist bis auf ein Drittel des Stands vor dem Kriege. Die französische Minister sind voll von Klagen, daß die Engländer und namentlich die Amerikaner in wenigen Tagen für einige Milliarden Franken Waren aufgekauft haben, sodas der Schiffraum kaum ausreicht, sie zu befördern. Die ganze Erzeugung der Selbstindustrie Frankreichs sei für mindestens ein Jahr nach England und Amerika ausverkauft. Kraftwagen und Maschinen seien kaum mehr zu bekommen. Die wertvollsten Gebilde in Paris gehen in die Hände der Verbündeten über und die Industrie werde mit Aufträgen aus Amerika überhäuft — zum gegenwärtigen Geldkurs. Obgleich die Fremden hohe Preise bezahlen kaufen sie doch wegen der Valuta fast um die Hälfte billiger ein, als sie für die Waren im eigenen Land bezahlen müßten; während in Frankreich die Preise allgemein in unerhörter Weise steigen und eine nie dagewesene Teuerung herrscht. Die französische Regierung will Maßnahmen treffen, um die Verschleuderung des Nationalvermögens und der Kaufkraft einzudämmen. Das Reutersche Bureau meldet, die Vereinigten Staaten haben im Monat März d. J. für 484 Millionen Dollar, nach heutigem Valutastand etwa 24 Milliarden Mark, Waren eingeführt und damit die bisher höchste Einfuhrgröße im Januar d. J. noch um 10 Mill. Dollar überboten.

Das französische Silbergeld. Frankreich wird bekanntlich die lateinische Münzunion kündigen, da es bei dem heutigen Preisstand des Silbers die Silbermünzen nicht mehr nach dem Münzfuß der Union (90 Prozent Feingehalt) ausprägen kann. Es geht daher jetzt keine Silbermünzen aus den Ländern der Münzunion zurück. (Die Silbermünzen jedes an der Münzunion beteiligten Landes haben Umlaufwert in diesen Staaten.) Dieser Rückschlag ist aber teilweise mit sehr hohen Kosten verbunden. So befinden sich in der Schweiz, dessen Franken einen sehr hohen Kurswert hat, für etwa 50 Millionen französische Franken, die zum Schweizer Kurs zurückgekauft werden müssen. Seit dem Beginn des Sinkens der französischen Valuta sind von Spekulant die Millionen französischen Silbergelds in die Schweiz verschoben worden mit der Hoffnung auf den Gewinn, der ihnen jetzt in den Schoß fällt.

Letzte Nachrichten.

W.B. London, 24. April. (Reuter.) Die beiden modernen Schlachtschiffe Oldenburg und Wesen sind als Ersatz für die in Europa fliegend vertriebenen deutschen Schiffe abgeliefert worden. Sie sind heute im Firth of Forth eingetroffen.

W.B. Amsterdam, 24. April. Die Reuter aus San Remo berichtet, daß Lloyd George bekannt, daß das Ergebnis seiner Besprechungen mit Millerand in einer gemeinsamen Erklärung niedergelegt werde, wonach Frankreich und England übereingekommen sind, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Entwaffnung durchgeföhrt werden sollen und daß der Gedanke einer Besetzung des rechten Rheingufers und des Ruhrgebietes durch Frankreich verworfen wird.

W.B. San Remo, 24. April. (Reuter.) Die Konferenz beschloß, in den türkischen Friedensvertrag eine Erklärung Valous einzufügen, die bestimmt, daß Palästina eine nationale Heimstätte für die Juden werden soll, die dieselben Rechte wie die Araber und die Juden in anderen Ländern erhalten müssen.

W.B. Berlin, 25. April. Wie die Morgenblätter melden, hat der mehrheitssozialistische Abgeordnete Dr. Quast den Vorschlag im parlamentarischen Untersuchungsausschuss niedergelegt, weil sein Vorschlag, die Herren von Bethmann-Hollweg, von Jagow und Dr. Zimmermann in den drei Tagen nach Schluß des Parlamentes mündlich über die Schuldfragen zu vernehmen, im Ausschuss nicht durchgedrungen ist.

W.B. Paris, 24. April. Nach einer Meldung des Temps haben die gewerkschaftlichen Arbeiter Straßburgs bestigt gegen die Anwesenheit einer marokkanischen Division protestiert, derselben, die aus Frankfurt zurückgezogen wurde. Nach Meldungen aus Metz ist der Eisenbahnerstreik in Lothringen allgemein. Die Jäger nach Paris über Nancy gehen nur über Pagny-sur-Moselle.

W.B. Paris, 25. April. Nach dem „Petit Journal“ soll das deutsche Verlangen, die Armee auf 200 000 Mann herabzusetzen, abgelehnt werden. Sauerwein sagt im Matin die Stärke des Heeres bleibe 100 000 Mann, aber die Polizeikräfte könnten vermehrt werden.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.
Druck und Verlag der W. Meißner'schen Buchdruckerei, Altmühl.

Für die Monate Mai und Juni

werden Bestellungen auf unsere Zeitung „Aus dem Tannen“ von allen Postanstalten, Briefträgern u. Postboten, sowie von den Agenten u. Auswärtigen entgegengenommen.

Amthliche Bekanntmachungen.

Verfügung des Arbeitsministeriums betr. die Betriebschlussstunde für Wirtschaften, Theater und dergl. und die Polizeistunde.

Bonn 20. April 1920.

Auf Grund des § 3 der Verordnung betr. die Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln vom 11. Dez. 1916 (Reg. Bl. 1355) und der mir als Staatskommissar für die wirtschaftliche Demobilisierung gemäß §§ 1 und 4 der Bundesratsverordnung vom 7. November 1918 (Reg. Bl. S. 1292) erteilten Ermächtigung verfüge ich im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern:

1. Die Betriebschlussstunde für Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Cafés, Theater, Spielhäuser, Klubs, in denen Schaulustigungen stattfinden, sowie öffentliche Vergnügungsorte aller Art bezüglichen Vereins- und Gesellschaftsräume, in denen Speisen oder Getränke verabreicht werden, wird für sämtliche Gemeindefesttage des Landes auf 11 Uhr abends festgesetzt.

Die Oberämter werden ermächtigt, in dringenden Einzelfällen eine spätere Schließung, jedoch nicht über 12 Uhr abends hinaus, zu gestatten.

2. Die Betriebschlussstunde gilt zugleich als Polizeistunde im Sinne der Ministerialverordnung vom 2. Dezember 1871 (Reg. Bl. S. 302) und des § 365 des Reichsstrafgesetzbuchs. Die Polizeistunde ist auch in den Räumen geschlossener Gesellschaften einzuhalten.

3. Die Verfügung des Arbeitsministeriums betr. die Betriebschlussstunde für Wirtschaften, Theater und dergl. und die Polizeistunde vom 19. Dez. 1919 (Staatsanzeiger Nr. 293) wird aufgehoben.

4. Im Falle der Befreiung von der Vorschrift der Ziff. 1 Abs. 1 dieser Verfügung auf Grund der Ermächtigung in Abs. 2 ist eine Spotelei gemäß Tarifnummer 11 zu dem allgemeinen Spoteleigesetz anzulegen und in vorchriftsmäßiger Weise zu verrechnen.

5. Diese Verfügung tritt am 24. d. M. in Kraft.

6. Die Ortspolizeibehörden werden ersucht, auf die Durchführung der Verfügung hinzuwirken.

Münz.

An die (Stadt-)Schultheißenämter.

Nachdem auch die französische Regierung erklärt hat, daß die in ihrer Hand befindlichen deutschen Kriegsgefangenen bis auf eine demnächst noch zum Abtransport kommende Anzahl von Kranken sowie die dem Rückbehaltungsrechte des § 218 unterliegenden, gerichtlich verurteilten Kriegsgefangenen, an Deutschland zurückgegeben seien, handelt es sich nunmehr darum, festzustellen, ob sich noch irgendwo deutsche Kriegsgefangene in den ehemaligen feindlichen Staaten befinden.

Zu diesem Zwecke werden die Herren Ortsvorsteher veranlaßt, in ihren Gemeindebezirken auf ortsübliche Weise folgenden Aufruf bekanntmachen zu lassen:

Kriegsgefangene, die nachweisbar in England, Frankreich, Amerika, Belgien, Italien und Serbien in Kriegsgefangenschaft waren und noch nicht heimgekehrt sind, müssen von ihren Angehörigen sofort dem Ortsvorsteher gemeldet werden mit folgenden Angaben: Namen, Vornamen, Truppenteil, Dienstgrad, Tag und Ort der Gefangennahme, Gefangenennummer, letzte Kriegsgefangenenadresse und Datum der letzten Nachricht des noch nicht heimgekehrten Kriegsgefangenen. Vorhandene Briefe, die aus der Gefangenschaft herrühren, sind den Meldungen möglichst beizufügen. Es dürfen nur solche Kriegsgefangene gemeldet werden, von denen mindestens eine eigene Nachricht aus der Kriegsgefangenschaft vorliegt, oder die durch eidesstattliche Erklärung eines Kameraden als bestimmt in Kriegsgefangenschaft geraten, bestätigt werden können. In letzterem Falle ist die Adresse dieses Zeugen mitzutheilen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die einzureichenden Meldungen sich vorläufig nur auf die in oben genannten Ländern befindlichen Kriegsgefangenen beziehen dürfen. Für die Kriegsgefangenen in Rußland, Rumänien und Japan wird später ein gleicher Aufruf erfolgen.

Die (Stadt-)Schultheißenämter haben, um zeitraubende Rückfragen zu vermeiden, die eingegangenen Meldungen auf ihre Vollständigkeit genauestens zu prüfen und bei ihrer Abfassung den Angehörigen gegebenenfalls an die Hand zu geben. Unvollständige Meldungen und Widersprüche sind sofort durch mündliche Verhandlungen aufzuklären bezw. zu berichtigen. Das ganze Material ist an die Bezirksfürsorgestelle einzuladen.

Vordrucke für die zu machenden Angaben sind nicht vorhanden, es wird aber anbeigegeben, der Einheitslichkeit und Uebersichtlichkeit halber solche herzustellen und den Angehörigen zur Verfügung zu stellen.

Nagold, den 24. April 1920.

Oberamt: Münz.

Freie Bezirks-Bäcker-Innung Nagold. Einladung.

Zwecks Gründung einer Einkaufsgenossenschaft verbunden mit unserer diesjährigen Generalversammlung werden sämtliche Bäckermeister des Bezirks (auch Nicht-Innungsmitglieder) eingeladen auf **Dienstag, den 27. ds. Mts.** in das Gasthaus zur Traube in Nagold präzis 12^{1/2} Uhr mittags.

Der Verbandsrevisor Schuhmacher aus Stuttgart wird die Gründung vornehmen und einen erklärenden Vortrag dazu halten.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bittet
der Vorstand.

Oberamtsstadt Nagold.

An Stelle des verbotenen Vieh- und Schweinemarktes findet

nächsten Donnerstag, den 29. ds. Mts. in Nagold ein allgemeiner

Pferdemarkt

statt, wozu hiezu eingeladen wird.

Den 24. April 1920.

Stadtschultheißenamt:
Maier.

Uneheliche Kinder von Gefallenen

oder an Kriegsbienleistung Verstorbenen, ebenso schuldlos geschiedene Ehefrauen von Gefallenen haben Anspruch auf fortlaufende Zahlungen. Näheres durch die **Bezirks-Fürsorgestelle Nagold.**

14 Tage Erholungsurlaub

für Kriegsgeschädigte und Hinterbliebene von Mitte Mai bis Mitte Oktober 1920. Näheres durch die **Bezirks-Fürsorgestelle Nagold.**

An die Beamten

von Altensteig und Umgebung.

Zwecks einer Vereinigung der Reichs-, Staats-, Körperschafts- und Gemeindebeamten, einschließlich Lehrer, Geistliche, Beamtenpensionäre und Hinterbliebene, wird am **Mittwoch, den 28. d. M.,** abends 8 Uhr, im Saale des „Grünen Baums“ eine

Versammlung

stattfinden, wozu die Vorgenannten samt und sonders eingeladen werden.

Der Beauftragte: Rektor Jetter.

Altensteig.

Almon.-Sulfat-Salpeter

27 Prozent Stickstoff

Rohlenfäurer Kalk

sowie Nephkalk

ist eingetroffen bei

J. Wurster.

Phosphor. Futterkalk (Brodm.) Marke Zwerg empfiehlt

Beuren.

Fichtenrinden-Berkauf.

Am Samstag, den 1. Mai d. J., vormittags 9 Uhr kommt der Extrag Gerbrinde von zirka 100 Fm. Stammholz aus dem Gemeindewald auf dem Rathaus zum Verkauf.

Schulth.-Amt.

Altensteig.

Prima

Marmelade

in Kisten netto 40 Pfd. in Eimern „ 22 Pfd. sowie offen ausgemogen empfiehlt

Ehr. Burghard jr.

Tüchtigen, zuverlässigen

Langholz-fuhrmann

zum sofortigen Eintritt bei hohem Lohn gesucht.

Louis Barth

Sägerwerk
Calmbach.

Einige Zentner kleine

Kartoffeln

zum Verfüttern

kann abgeben
wer? sagt die Exped. d. Bl.

Altensteig.

Maschinen-Del

Sehr gutes, raff., helles amerikanisches

Lorenz Luz jr.
Telefon Nr. 46.

Einen 16 Monate alten

Lehrstier

verkauft
Otto Heintel
Egenhausen.

Sämtliche Photogr. Bedarfs-Artikel

liefert

Schwarzwald-Drogerie

Altensteig
Telefon 41.

Nächst. Nachrichten.
Dienstag abends 8 Uhr im Brongieraal (statt Donnerstags - Bibelstunde) Vortrag von H. Sekretär Geisler aus Wien über die Rolle der Evangelischen in Oesterreich. Daug.

Altensteig.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Dienstag, den 27. April 1920

im Gasthaus z. Grünen Baum in Altensteig stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Friedrich Brenner

Sohn des
Regimentsführers Ludwig
Brenner (b. Waldhorn)
in Altensteig.

Ernstine Koch

Tochter des
Friedrich Koch
in Redarrens.

Kirchgang um 1/12 Uhr

Statt Karten!

Eberhardt - Beuren.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung laden wir Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Dienstag, den 27. April 1920

im Gasthaus zur „Krone“ in Eberhardt stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst ein.

Joh. Gg. Sackmann

Sohn des
Joh. Georg Sackmann
in Eberhardt.

Katharine Seeger

Tochter des
Jakob Seeger, Bauers
in Beuren.

Kirchgang um 1/12 Uhr.

Vatersbrunn - Bernegg.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung erlauben wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Donnerstag, den 29. April 1920

in das Gasthaus z. Waldhorn in Bernegg freundlichst einzuladen.

Otto Kump

Sohn des
Johs. Kump in
Vatersbrunn.

Maria Wurster

Tochter des
Friedr. Wurster, Amts-
dieners in Bernegg.

Kirchgang um 1/12 Uhr.

Statt Karten.

Besensfeld.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Donnerstag, den 29. April 1920

im Gasthaus zum Löwen in Besensfeld stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Paul Schneider

Bauer
Sohn des Ehr. Schneider
Bauers in Besensfeld.

Maria Waidelich

Tochter des
Conr. Waidelich, Bauers
in Besensfeld.

Kirchgang um 11^{1/2} Uhr in Neunagold.

Nachhochzeit findet keine statt.